



29. Juni 2018

Mit diesen Hauptstadtinfos berichten die beiden nordhessischen Bundestagsabgeordneten für Waldeck-Frankenberg, Kassel-Land und Schwalm-Eder, Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin.

Inhalt:

- **Streit in der Union lähmt Regierungsarbeit**
- **Mehr Geld für Familien**
- **Der Mindestlohn steigt**
- **Haushalts-Bereinigungssitzung**
- **Ausbildung in Pflegeberufen wird attraktiver**
- **Den Atomausstieg umsetzen**
- **Abbiegeunfälle – Radfahrer und Fußgänger besser schützen**
- **Wen(n) der Terror trifft**
- **Vom Bundestag zur Vorlesung in Bad Hersfeld**
- **Jugendmedienworkshop „Zwischen Krieg und Frieden“**

Streit in der Union lähmt Regierungsarbeit

Es ist dramatisch: Die Union legt mit ihren internen Streitigkeiten die Regierungsarbeit lahm und blockiert wichtige Vorhaben, die wir im Koalitionsvertrag gemeinsam vereinbart haben.

Wichtige Projekte für bezahlbares Wohnen, die Qualität der Kinderbetreuung und die Schaffung eines sozialen Arbeitsmarktes werden durch den Streit in der Union blockiert. Der Gesetzentwurf zur Stärkung des Mietrechts von Katarina Barley, das Gute-Kita-Gesetz von Franziska Giffey und der Gesetzentwurf für einen sozialen Arbeitsmarkt von Hubertus Heil werden entgegen den Koalitionsvereinbarungen von der Union im Verfahren aufgehalten.

Wir fordern den Koalitionspartner dringend auf, seinen Streit auf Kosten des Landes zu beenden und zur Sacharbeit zurückzukehren. Wir stehen zum Koalitionsvertrag, zur Regierungsverantwortung und vor allem dafür, konstruktiv und konkret für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land zu arbeiten. Unsere Position in der Asylfrage ist klar: Derjenige der Schutz braucht, bekommt ihn und derjenige, der ihn nicht braucht, wird schnell zurückgeführt. Dazu gibt es mit dem beschleunigten Asylverfahren bereits eine Regelung, die schnell für Klarheit sorgt und den freien Grenzverkehr nicht gefährdet.

Schon viel erreicht in der Koalition

Unsere Ministerinnen und Minister haben in den ersten 100 Tagen bereits viel vorgebracht: Von der Musterfeststellungsklage, den Grundgesetzänderungen zur besseren Finanzierung von Schulen, sozialem Wohnungsbau und Verkehr über die Brückenteilzeit.

In dieser Woche bringt das Kabinett mit dem **Familientlastungsgesetz** von Olaf Scholz weitere wichtige Maßnahmen zur finanziellen Unterstützung von Familien auf den Weg - mit der Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderfreibetrages.



Mehr Geld für Familien

Milliardenpaket beschlossen: Der von Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) vorgelegte Entwurf des Familienentlastungsgesetzes wurde in dieser Woche vom Bundeskabinett beschlossen - mehr Kindergeld, ein höherer Grundfreibetrag bei der Steuer sowie ein höherer Kinderfreibetrag.



Mit einem milliarden schweren Paket werden Familien in Deutschland ab 2019 an finanziell entlastet werden.

Eine Familie mit einem Bruttojahresgehalt von 60.000 Euro wird ab 2019 zum Beispiel um 9,36 Prozent entlastet, das bedeutet für sie 251 Euro mehr im Jahr. Die gesamte Entlastungssumme soll bei bis zu 9,8 Milliarden Euro jährlich liegen.

Durch diese kleinen Änderungen kann die Steuerlast deutlich gemindert werden.

Bildquelle: Bundesregierung

Der Mindestlohn steigt

Zum 1. Januar 2019 soll der Mindestlohn auf 9,19 Euro und ein Jahr später auf 9,35 Euro angehoben werden. Diese Empfehlung hat die Mindestlohnkommission in dieser Woche ausgesprochen. Das Bundeskabinett wird die neue Höhe des Mindestlohns im Herbst beschließen.

Der Mindestlohn hat seit Einführung im Jahr 2015 vor allem dafür gesorgt, dass die Stundenlöhne von geringfügig Beschäftigten, Ungelernten und Teilzeitbeschäftigten sowie Beschäftigten in Ostdeutschland gestiegen sind.

Der Vorschlag der Kommission hat den Anspruch, den Mindestschutz der Arbeitnehmer und faire Wettbewerbsbedingungen zu sichern, ohne die Beschäftigung zu gefährden.



Haushalts-Bereinigungssitzung

Esther Dilcher hat als Hauptberichterstatterin für den Einzelplan 07 Justiz und Verbraucherschutz an der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses teilgenommen.



Zuerst ein paar erklärende Worte vorneweg: In der Bereinigungssitzung zum Haushalt werden letzte Änderungswünsche zum Haushalt besprochen. Das bedeutet nicht automatisch, dass es für viele Dinge mehr Geld gibt, vielmehr überlegen die Parlamentarier noch einmal sehr genau, wo eventuell mehr Geld Sinn macht und wo man auch mit weniger Geld auskommen kann.

Das Recht über den Haushalt zu entscheiden, nennt man auch das Budget-Recht des Parlaments und es ist zugleich das wichtigste Recht der Parlamentarier. Das wurde auch in der heutigen Bereinigungssitzung deutlich. Ich war beeindruckt, dass alle Ministerinnen und Minister ebenso wie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Haushaltsabteilungen der einzelnen Ministerien, dazu Personenschützer und Referenten auf den Fluren vor dem Haushaltsausschuss auf seinen oder ihren „Auftritt“ vor dem Haushaltsausschuss warteten.

Berge von Papier wurden den Ausschusmitgliedern vom Sekretariat vorbereitet. Für jeden Einzelhaushalt gibt es einen Berichterstatter aus den Fraktionen. In der Bereinigungssitzung können sie alle zu Wort kommen und Fragen an das Ministerium richten. Die Dauer der Beratungen ist daher nicht vorhersehbar, da es darüber hinaus auch keine Redezeitbegrenzung gibt.

Zum Abschluss eines jeden Einzelplans erfolgten zahlreiche Abstimmungen über die vorgelegten Änderungsanträge. Um 02:45 Uhr am Donnerstagmorgen erfolgte schließlich die Gesamtabstimmung. Nach knapp 5 Stunden Schlaf ging für mich die Arbeit im Büro, im Plenum und in den Arbeitsgemeinschaften weiter, unter anderem mit namentlichen Abstimmungen.

In der nächsten Woche wird der Haushalt dann vom Plenum in 2. und 3. Lesung verabschiedet, dann berichte ich auch inhaltlich über den Haushalt 2018.

Ausbildung in Pflegeberufen wird attraktiver

Am Donnerstag berieten wir die Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für die Pflegeberufe und stellten damit die Weichen für einen guten Start der neuen Pflegeausbildung.

Mit der neuen Pflegeausbildung wird das Schulgeld endlich bundesweit abgeschafft und die Zahlung einer angemessenen Ausbildungsvergütung sichergestellt.

Niemand muss sich mehr die Frage stellen, ob er oder sie sich eine solche Ausbildung



leisten kann. Wir werten den gesamten Berufszweig auf. Das ist die richtige Antwort auf den Fachkräftemangel in der Pflege.

Die Pflegeberufe-Ausbildungs- und Prüfungsverordnung ergänzt das Pflegeberufegesetz. Die Verordnung regelt beispielsweise Einzelheiten zur Ausbildungsstruktur, den Ausbildungsinhalten, den Prüfungen und der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse.

Die bisher im Altenpflegegesetz und Krankenpflegegesetz getrennt geregelten Pflegeausbildungen werden in einem neuen Pflegeberufegesetz teilweise zusammengeführt. Übergangsweise wird es im dritten Ausbildungsjahr eine Wahlmöglichkeit für eine spezialisierte Ausbildung in der Alten- und Kinderkrankenpflege geben. Damit wird die Voraussetzung für eine moderne Pflegeausbildung geschaffen, die Pflegefachkräfte besser auf die veränderten Herausforderungen in der Berufspraxis vorbereitet und neue Berufs- und Aufstiegsmöglichkeiten eröffnet.

Den Atomausstieg umsetzen

Wir halten am Zeitplan für den Atomausstieg fest. Mit uns gibt es keine längeren Laufzeiten.

Die SPD hatte bereits 2002 ein Atomausstiegsgesetz beschlossen. Dieses wurde aber von Schwarz-Gelb wieder einkassiert, weil die großen Stromanbieter verlängerte Restlaufzeiten für ihre Atomkraftwerke gefordert hatten. Erst die Reaktorkatastrophe von Fukushima erzeugte auch bei Schwarz-Gelb ein Umdenken. 2011 wurde das Gesetz für einen beschleunigten Atomausstieg beschlossen, das nun wieder feste Abschaltzeiten für einzelne Atomkraftwerke vorsah – die nur wenige Monate zuvor beschlossenen Laufzeitverlängerung wurde rückgängig gemacht.

Natürlich nicht ohne Folgen: Die großen Stromanbieter RWE und Vattenfall verklagten die Bundesregierung daraufhin auf Schadensersatz und bekamen vor dem Bundesverfassungsgericht 2016 Recht. Investitionen, die aufgrund der Laufzeitverlängerung getätigt wurden, sowie zugesagte Reststrommengen, die den Unternehmen nun entgingen, müssen entschädigt werden.

Daher haben wir diese Woche eine Änderung des 2011 beschlossenen Gesetzes beraten und abgeschlossen. Wir wollen am beschleunigten Ausstieg festhalten. Abhängig von den tatsächlich nicht produzierten Reststrommengen werden sich die Entschädigungen auf etwas unter einer Milliarde Euro belaufen. Dafür wird an dem Zeitplan für den Atomausstieg ohne Wenn und Aber festgehalten. Denn längere Laufzeiten sind für uns keine Alternative.

Abbiegeunfälle – Radfahrer und Fußgänger besser schützen

Wir machen uns für eine europaweite Einführung von Abbiegeassistenten für Nutzfahrzeuge ab 3,5 Tonnen stark. Damit können viele schwere und sogar tödliche Unfälle zukünftig vermieden werden.

Immer wieder verunglücken vor allem Fahrradfahrer schwer oder tödlich, die von LKW-Fahrern beim Abbiegen übersehen werden. 60% dieser Unfälle hätten laut Unfallforschung der Versicherer durch elektronische Abbiegeassistenten verhindert werden können.

Abbiegeassistenten sind elektronische Erkennungssysteme, die Radfahrer oder Fußgänger im direkten Umfeld eines Fahrzeugs anzeigen und Fahrerinnen und Fahrer warnen können. Besonders vor dem Abbiegen können Fahrerinnen und Fahrer so rechtzeitig auf herannahende Radfahrer oder Fußgänger reagieren.

Daher haben wir diese Woche einen Antrag eingebracht, der die Bundesregierung auffordert, die verpflichtende Einführung von Abbiegeassistenten für Nutzfahrzeuge ab 3,5 Tonnen europaweit voranzubringen, inklusive einer Pflicht zur Nachrüstung. Außerdem wollen wir die Investition in Abbiegeassistenten fördern und für die Weiterentwicklung Anreize setzen.

Wen(n) der Terror trifft

Podiumsdiskussion mit Dr. Edgar Franke im Rahmen einer Internationalen Fachtagung an der Thomas-Morus-Akademie in Bensberg/Nordrhein-Westfalen. Organisatoren waren der Bund Deutscher Kriminalbeamter, die Stiftung Notfallseelsorge und die Evangelische Kirche im Rheinland.



Terroranschläge in zahlreichen europäischen Ländern haben gezeigt, dass neben den internationalen Ermittlungen die Betreuung von Opfern und Opfergehörigen in der Akutsituation, aber auch die Gestaltung von Gedenkfeiern und der Übergang in die weitere Nachsorge, besondere Herausforderungen stellen. Auch ein psychosoziales Angebot für Einsatzkräfte ist nach solchen

Ereignissen unabdingbar. Akutbegleitung, Information und Nachsorge für Betroffene im Zusammenwirken mit den Ermittlungsbehörden stellen neue Herausforderungen für die Politik und die internationale Vernetzung von Polizei, Justiz und Hilfsorganisationen dar. Es ging um Opferschutz und Nachsorge nach terroristischen Anschlägen.

Über diese Themen und über Erfahrungen und Empfehlungen habe ich in meiner Funktion als Opferbeauftragter der Bundesregierung mit Roswitha Müller-Piepenkötter, Bundesvorsitzende des Weißen Rings, Prof. Jenny Shaw aus Manchester und Elisabeth Aucher-Mainz, Opferbeauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen vor 200 interessierten Zuhörern diskutiert.

Vom Bundestag zur Vorlesung in Bad Hersfeld

"Back to the roots" hieß es für den Bundestagsabgeordneten Prof. Dr. Edgar Franke am 20. Juni. Den Vormittag verbrachte er gemeinsam mit Prof. Dr. Thomas Auhuber im Vorlesungssaal der Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU) in Bad Hersfeld und unterrichtete das Fach Gesundheitsökonomie.

Gemeinsam mit den Studierenden des dualen Bachelorstudiengangs Sozialversicherung, Schwerpunkt Unfallversicherung, wurden in einem dynamischen Dialog aktuelle Aspekte der Gesundheitspolitik, u.a. die Bedeutung von Gesundheitsberufen und die Herausforderungen der intersektoralen

Versorgungsstrukturen als auch die Gerechtigkeit im Wettbewerb in der Leistungserbringung und Kostenerstattung diskutiert. Mit fesselnden Beispielen aus der Praxis wurde diese Vorlesung zu einem Highlight für die Studierenden.



Prof. Dr. Thomas Auhuber und Prof. Dr. Edgar Franke im Vorlesungssaal der HGU.

Prof. Dr. Auhuber, der die fachlich medizinische Seite zu den Themen beleuchtete hatte mit Prof. Dr. Franke eine perfekte Besetzung, der den Studierenden die politischen Aspekte näher brachte.

Aktuell ist Prof. Dr. Edgar Franke Mitglied des Bundestages und Beauftragter der Bundesregierung für die Anliegen von Opfern und Hinterbliebenen von terroristischen Straftaten im Inland. In der Gründungsphase der Hochschule in Bad Hersfeld von 1991 bis 1999 war er deren Rektor.

Zudem ist er Autor zahlreicher Veröffentlichungen im Bereich des Arbeits- und Sozialrechts, zuletzt als Herausgeber des im Nomos-Verlag erschienenen Praxiskommentars Sozialgesetzbuch VII.

(Quelle: Pressemeldung der Hochschule der Gesetzlichen Unfallversicherung, https://www.dguv.de/hochschule/unsere-hochschule/aktuelles/2018/2018_details_340068.jsp)

Jugendmedienworkshop „Zwischen Krieg und Frieden“

Jugendmedienworkshop im Deutschen Bundestag – ein Workshop für junge Medienmacherinnen und Medienmacher zwischen 16 und 20 Jahren vom 25. November bis 1. Dezember 2018 im Deutschen Bundestag

Zum fünfzehnten Mal lädt der Deutsche Bundestag gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung und der Jugendpresse Deutschland e. V. 30 Nachwuchsjournalistinnen und -journalisten zu einem einwöchigen Workshop nach Berlin ein.



„Die Teilnahme am Jugendmedienworkshop bietet spannende Einblicke in die Arbeit der Medien und des Parlaments“, so die Abgeordneten Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke. Und weiter: „Den Jugendlichen erwartet ein spannendes und abwechslungsreiches Workshop-Programm zum medialen und politisch-parlamentarischen Alltag in der Bundeshauptstadt.“ Die Teilnehmer werden in einer Redaktion hospitieren, mit Abgeordneten des Deutschen Bundestages diskutieren, eine Plenarsitzung besuchen und an der Erstellung einer eignen Zeitung mitarbeiten.

Unter dem Titel „**Zwischen Krieg und Frieden**“ werden sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Rahmen des Workshops mit Krieg und Frieden, aber auch mit deren Übergängen auseinandersetzen. Wie kann Frieden geschaffen und aufrechterhalten werden? In welcher Beziehung stehen Krieg und Medien zueinander? Ist ein Krieg näher, weil über ihn berichtet wird oder seine Auswirkungen spürbar sind? Was tragen der oder die Einzelne, die Gesellschaft oder Institutionen wie die EU zum Friedensprozess bei?

Interessierte Jugendliche können sich unter <http://www.jugendpresse.de/bundestag> bewerben.

Bewerbungsschluss ist der 14. September 2018.

So erreichen Sie uns:

Esther Dilcher, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-75113
esther.dilcher@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Briloner Landstr. 27
34497 Korbach
Tel.: 05631-974712
www.estherdilcher.de

Dr. Edgar Franke, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-73319
edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros:

Bahnhofstr. 36c
34582 Borken
Tel.: 05682-739729

Obermarkt 5
35066 Frankenberg
Telefon 06451 717950
www.edgarfranke.de

Eine Information der Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke – Die Infos sind bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.